



BALKONKRAFTWERKE – EINFACH STROM SELBST ERZEUGEN

Unter diesem Titel hatte die SPD Alfter am 23. Januar zu einer Infoveranstaltung in die Mehrzweckhalle Impekoven eingeladen. Rund 70 Interessierte erlebten den Vortrag unseres Referenten Dirk Heiden.

Balkonkraftwerke schonen Klima und Geldbeutel. Das große Interesse zeigte sich nicht nur in der Teilnehmerzahl, sondern auch an interessierten Nachfragen und guter Diskussion. Ein Balkon- oder Steckerkraftwerk ist eine kleine, dezentrale Stromerzeugungsanlage, die am Ort des Stromverbrauchs installiert wird und Sonnenenergie nutzt, um Strom zu erzeugen. Die kleinen, bis 600 W leistenden Anlagen werden immer populärer. Die Vorteile sind klar: Geringe Kosten, schnelle Amortisation und einfache Installation stellen keine hohen Hürden dar, die nötige Anmeldung ist leicht zu bewerkstelligen. Eine Zusammenfassung der Informationen aus dem Vortrag finden Sie unter www.SPD-Alfter.de/.

OGS GEBÜHREN SOLLEN STEIGEN - SPD SETZT SICH FÜR ENTLASTUNG NIEDRIGER EINKOMMEN EIN.

In der Ratssitzung vom 09.02. hat die Verwaltung einen Vorschlag zur Erhöhung der OGS-Gebühren vorgelegt. Gebührenerhöhungen sind immer schmerzlich, aber mit Blick auf unsere Haushaltslage müssen wir hier einen höheren Kostendeckungsgrad erreichen. Bisher haben insbesondere Menschen mit sehr hohen Einkommen in Alfter verhältnismäßig wenig gezahlt. Hier schlägt die Gemeinde eine Neuregelung vor, wie auch andere Kommunen sie nutzen. Im Sinne der gerechten Lastenverteilung können wir diesen Vorschlag mittragen. Die Menschen mit den geringsten Einkommen möchten wir nach Möglichkeit aber nicht weiter belasten. Gerade sie haben aufgrund der hohen Inflation am stärksten zu kämpfen, hier können wir als öffentliche Hand nicht weiter zulangen. Die Beratung wird im Schulausschuss weitergeführt werden, hier werden wir entsprechende Akzente setzen.

Schulwegsicherheit in Oedekoven erhöht

Der Jungfernpfad in Oedekoven wurde zum Jahreswechsel 2022/2023 sicherer gemacht.

Bereits 2014 hatte die SPD im Rat einen entsprechenden Antrag gestellt und in den vergangenen Jahren beharrlich auf die Umsetzung gepocht. Nun wurde endlich ein Gehweg vom Schulhof bis zum katholischen Kindergarten eingerichtet. Dazu Christian Lanzrath, Fraktionsvorsitzender der SPD: „Die allmorgendliche Situation im Jungfernpfad mit zu vielen Autos, zwischen denen unsere Grundschulkinder einen sicheren Weg finden müssen, ist seit Jahren untragbar. Ich freue mich, dass hier für die Sicherheit etwas getan wurde.“

Hans G. Angrick ergänzt: „Der Jungfernpfad ist seit Jahren in der politischen Diskussion immer wieder Gegenstand von Beratungen geworden. Dass nun endlich Bewegung in die Sache kommt, ist gut und wichtig.“

Daniela Beßmann, Grundschullehrerin und stellvertretende sachkundige Bürgerin im Schulausschuss für die SPD Alfter, erklärt: „Zu Fuß zur Schule gehen hält Kinder gesund, macht sie kreativ und fördert ihre Konzentration im Unterricht. Wir werden weiter für ‚Zu Fuß zur Schule‘ werben!“. Schulwegsicherheit ist eine unserer Triebfedern, hier bleiben wir auch künftig aktiv!

LEERE KASSEN - EXPLODIERENDE STEUERSÄTZE - ALLES FÜR DIE NEUE SCHULE?

Um es vorweg zu nehmen: Alfter braucht eine weiterführende Schule und das neue Gymnasium ist nicht der alleinige Grund für die desolate Haushaltslage. In der Ratssitzung vom 08. Dezember 2022 wurden dem Rat Eckpunkte für ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt. Aus diesen Eckpunkten geht hervor, dass eine Verdopplung – und mehr – der Grundsteuer in den kommenden Jahren droht, wenn die Gemeinde ihre Aufgaben auskömmlich finanzieren will, wozu sie rechtlich verpflichtet ist.

Von diesen Grundsteuererhöhungen wären sowohl Hauseigentümerinnen und -eigentümer als auch Mieterinnen und Mieter betroffen. Kein Wunder, dass der Aufschrei in der Bevölkerung und im Rat groß war. Derartige Steuererhöhungen sind nach Ansicht der SPD sozialer Sprengstoff.

Auch ohne das neue Gymnasium, dessen Gründung zwischenzeitlich erfolgt ist, würde die Grundsteuer um prognostizierte 60% steigen. Die Ursachen liegen einerseits bei reduzierten Geldern, welche die Gemeinde vom Land erhält, andererseits schlagen teure Projekte aus der Vergangenheit zu Buche. Natürlich werden auch

für die Schule Kosten anfallen, aber sie ist nicht der einzige Auslöser des Finanzde-sasters. Die SPD Alfter zeigt sich aber insbesondere besorgt über das Finanzmanagement des Bürgermeisters. Trotz entsprechender Nachfragen unserer Fraktion im Rat wurde finanzielle Klarheit teils Monate lang verschleppt. Erste negative Prognosen hat der Kämmerer bereits im September 2022 vorgelegt. Von uns geforderte Aufklärung, welche Konsequenzen diese Prognosen haben werden, wurden vom Bürgermeister vom Tisch gewischt.

Der Rat muss hier das Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen. Daher haben wir vorgeschlagen, eine Steuerungsgruppe für den Schulneubau und die Haushaltskonsolidierung einzurichten. Auch die völlig aus dem Ruder gelaufene Projektstudie für einen Schulneubau haben wir fachlich überprüft und erhebliche Einsparpotentiale vorgelegt.

Im März soll der Haushalt für das Jahr 2023 beschlossen werden. Ohne Steuererhöhungen wird es in den kommenden Jahren wohl nicht gehen, denn einige Dinge wie eine weiterführende Schule

oder beispielsweise eine gute Ausstattung der Feuerwehr sind unverzichtbar. Aber wir werden ganz genau hinschauen müssen, was wir uns künftig noch leisten können. Dabei wird es unbequeme Entscheidungen geben müssen, beispielsweise der Verzicht auf den Umbau des Ortskerns von Alfter. Für die SPD Alfter aber ist klar: Wohnen muss bezahlbar bleiben, dafür setzen wir uns ein.

INHALT DER AUSGABE

Soziales und Bildung im Fokus	Seite 2
Deutschlands Sicherheitsstandort	Seite 3
Balkonkraftwerke	Seite 4



Doppelinterview mit Katja Ruiters und Nils Suchetzki

SOZIALES UND BILDUNG IM FOKUS

Die SPD-Kreistagsfraktion stellt in dieser Wahlperiode drei Ausschussvorsitzende. Achim Tüttenberg ist Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, Katja Ruiters im Sozialausschuss und Nils Suchetzki im Schulausschuss. In dieser Ausgabe gibt es ein Doppelinterview mit Katja und Nils:

Was ist Dein Herzensprojekt in Deinem Ausschuss für diese Wahlperiode?

Katja Ruiters: Im Sozialausschuss möchte ich dazu beitragen, dass das Angebot der allgemeinen Sozial- und Wohnraumberatung an den tatsächlichen Bedarf angepasst, mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und ein drittes Frauenhaus realisiert wird.

Nils Suchetzki: Als Rhein-Sieg-Kreis sind wir für Förder- und Berufsschulen zuständig. Im Bereich der Förderschulen brauchen wir aufgrund von Mehrbedarf weitere Schulplätze. Für die Berufskollegs muss die Digitalisierung weiter voranschreiten.

Warum engagierst Du Dich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik?

Katja Ruiters: Wenn ich mich engagiere, habe ich die Chance etwas zu verändern, zu verbessern. Wo kann ich das besser, wenn nicht in meinem „zu Hause“?

Nils Suchetzki: Ich bin hier groß geworden und setze mich einfach gerne für meine Heimat und meine Mitmenschen ein.

Bekommen wir ein drittes Frauenhaus für den Rhein-Sieg-Kreis?

Katja Ruiters: Der Bedarf ist unstrittig, die Not der Frauen und Kinder ist belegt, wenn ich es entscheide, bekommen wir ein drittes Frauenhaus. Ob das aber CDU und Grüne endlich einsehen?

Die SPD hat sich durchgesetzt mit der Forderung nach mehr Gesamtschulen im Rhein-Sieg-Kreis. Siehst Du hier noch weiteren Bedarf?

Nils Suchetzki: Unsere Schullandschaft ist heute vielfältiger. Probleme gibt es aber immer noch genug, z.B. Lehrermangel oder fehlende Schulsozialarbeit. Da ist noch viel Luft nach oben.

INDUSTRIESTANDORT RHEIN-SIEG SICHERN!

Die SPD-Kreistagsfraktion ist besorgt um den Industriestandort Rhein-Sieg. Die Nachfolge von Evonik in Niederkassel, die Zukunftssorgen bei ZF in Eitorf und die angekündigte Schließung von Danfoss in Lohmar sind gravierende Alarmzeichen. Gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze sind wichtig für die Menschen im Rhein-Sieg-Kreis. Als SPD-Kreistagsfraktion erwarten wir hier deutlich mehr Engagement von Landrat und Kreisverwaltung, um den Industriestandort und die Arbeitsplätze vor Ort zu sichern.

49€-TICKET KOMMT AM 01. MAI 2023 SOZIALTICKET MUSS FOLGEN!

„Bezahlbare Mobilität ist ein wichtiger Beitrag zu einer guten Sozialpolitik“, stellt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Denis Waldästl fest. Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt daher, dass den Regierungsparteien von SPD, GRÜNEN und FDP ein Durchbruch in Richtung bezahlbare Mobilität mit dem 49€-Deutschland-Ticket gelungen ist. Hierdurch werden auch die Pendler:innen im Rhein-Sieg-Kreis spürbar entlastet:

Einsparbeispiele:
Monatsabo Windeck - Köln bisher 251,10 € --> Ersparnis 202,10 €

Monatsabo Rheinbach - Bonn bisher 141,70 € --> Ersparnis 92,70 €
 Im nächsten Schritt brauchen wir aber ein

Sozialticket, das unterhalb der 49€ im Monat liegt. Und es braucht für Azubis, Studierende und Schüler:innen weiterhin vergünstigte Ticketangebote. „Die Verkehrsverbünde sind jetzt gefordert ihre Strukturen zu verschlanken und an der Mobilitätswende und dem bezahlbaren Nahverkehr aktiv mitzuwirken“, so Waldästl.



Bild: Susi Knoll
 Denis Waldästl, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

DER RHEIN-SIEG-KREIS – DEUTSCHLANDS SICHERHEITSSTANDORT NUMMER EINS

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Eine grundlegend neue Realität entsteht seit Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine und dies direkt und deutlich spürbar vor unseren Augen. Ihre Auswirkungen betreffen nicht nur die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sondern auch die der Europäischen Union und der NATO. Die von Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende bringt dies sehr konkret auf den Punkt. Die Spannungsfelder der globalen Entwicklungen wirken sich stetig zunehmend auch auf



innenpolitische Entwicklungen aus. Hierbei sei in puncto Sicherheit der Schutz im analogen und digitalen Raum, die Optimierung des Bevölkerungsschutzes und unter anderem die Ausstattung unserer Sicherheitsorgane erwähnt. Machen wir uns diese Tatsache bewusst: Dem Rhein-Sieg-Kreis und auch Bonn kommen in diesem Kontext der Freiheit und Sicherheit eine sehr besondere Bedeutung bei, denn unser Gebiet zählt zu dem Standort, der sämtliche Sicherheitsbereiche beherbergt. Das ist so in Deutschland einmalig! Dazu zählen neben dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und der Verteidigung (BMVg) Sicherheitsbehörden wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie die Bundespolizeidirektion in Sankt Augustin. Auch der Deutsche IT-Sicherheitskongress findet jährlich in Bonn statt. Das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum mit seinen zahlreichen Projekten im Sicherheitsbereich hat seine Standorte ebenso über Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis verteilt. Das Cyber Security Cluster Bonn e. V. fördert die Cybersicherheit u. a. durch Kooperationen, wie beispielsweise mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Auch die Forschung und Wissenschaft in unserer Region ist auf das komplexe Themengebiet Cybersicherheit ausgerichtet und bildet in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern einen grundlegenden Konsens. In diesem Zusammenhang sei die ausgezeichnete „Exzellenzuniversität“ Bonn zu nennen. Aber auch der Telekom als einem der größten Arbeitgeber der Region kommt im Sicherheitskontext eine besondere Rolle zu, nicht zuletzt durch das moderne Cyber-Abwehrcenter der T-Systems in Bonn sowie die diversen auf Cybersicherheit ausgerichteten Studiengänge des Telekom Campus. Gleiches gilt für viele private Unternehmen der Region.

Wie wir mittlerweile eindeutig erkennen: Die moderne Sicherheitspolitik versteht sich nicht nur als Kriminalitätsbekämpfung, sondern agiert bereits heute interdisziplinär - nicht zuletzt im Spannungsfeld der Zeitenwende. Unser Rhein-Sieg-Kreis als Sicherheitsstandort birgt viele Chancen der Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden und diversen Institutionen. In meiner Funktion als Bundestagsabgeordneter für den Rhein-Sieg-Kreis und Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag sehe ich besonders in meiner Heimatregion Bonn/Rhein-Sieg viel Potenzial. Die Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass wir uns von kleinteiligen Lösungspraxen distanzieren, von denen sich Zuständigkeitsregelungen und Interessenarrangements tradieren. Wir müssen und werden kooperativ vorgehen und alle Akteure vernetzen: Behörden, Unternehmen, Wissenschaft und Initiativen. Der Region Bonn/Rhein-Sieg kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Das Ziel ist der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Sicherheit jedes Einzelnen.

WIR MACHEN SOZIALE POLITIK FÜR DICH UND MIT DIR



MITGLIED.SP.DE

